Mit Gewalt Wahlen gewinnen

Posted on 27. Januar 2026 by Wolfgang Storz

Bild: KI generiert

Zig Millionen BürgerInnen sind bereits entschlossen oder erwägen, sich bei den fünf Landtags- und drei Kommunalwahlen in 2026 für die AfD zu entscheiden. Es ist, es wäre eine Entscheidung für mehr Gewalt. Die Sprache der Verrohung, der Verachtung, des Hasses breitet sich aus, gewalttätiges Verhalten in der Öffentlichkeit und politische Gewalttaten nehmen zu – und mittendrin die AfD. Vor diesem Hintergrund (am „Tag des Holocaust„) die Eingangsfrage: Wie gewalttätig ist beispielsweise die AfD Hessen?

Dieser AfD-Landesverband gilt im Vergleich als halbwegs gut-bürgerlich — und erreichte in dem wohlhabenden Hessen 18,4 Prozent bei der Landtagswahl 2023; damit ist er (nach der CDU) die zweitstärkste

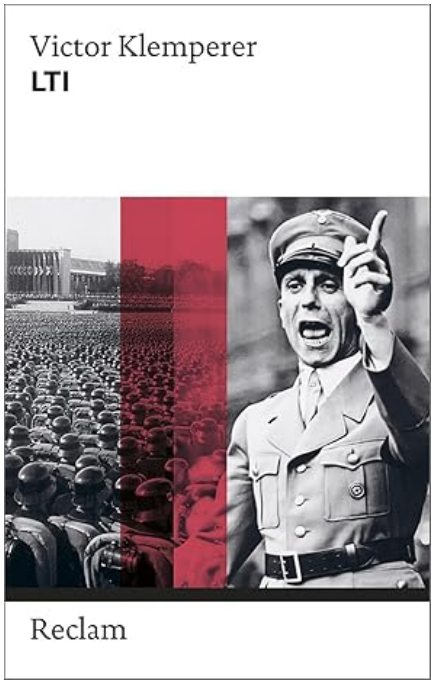
Kraft. Ewald Hetrodt, Korrespondent der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), erinnerte jüngst in einem Kommentar, was er im vergangenen November auf dem AfD-Landesparteitag erlebt hat. Auf dieser Konferenz mit 400 Delegierten forderte der Gastredner Jan Bollinger, Vorsitzender der AfD Rheinland-Pfalz, man müsse den Flughafen Frankfurt-Hahn zum „nationalen Abschiebeflughafen" ausbauen. Flüge müssten, so peitschte Bollinger an, „nicht täglich, sondern stündlich" starten. Hetrodt: „So abstoßend wie die Rede war auch das laute Gejohle der Zuhörer." So also fühlt, schreit der zivile Teil der AfD.

Aber was ist morgen, wenn sie gewählt mächtiger sind

Na ja, heißt es allerorten, die johlen ja nur; beißen nicht. Schreien nur hinaus, was inzwischen an fast jedem Bauern- oder IHK-Stammtisch in Deutschland an eingetrübtem Denken umgewälzt wird. „Nur" reden? Eine Partei, die anderen Menschen droht, zeigt öffentlich, wie dünn ihre Schutzschicht ist: sich noch zivil geben, aber unübersehbar durchschimmern lassen, es geht auch anders…, eine solche Partei will Ängste entfachen, um einzuschüchtern, damit jeder und jede weiß, *noch* greifen die nicht durch …. Aber was ist morgen, wenn sie gewählt mächtiger sind, wenn sie nach ihrem Gefühl erneut gereizt werden, weil 100 Afghanen nicht schnell genug außer Landes geschleppt worden sind oder sie ein Windrad oder ein schwules Paar zu viel vor ihrer Haustür sehen.

Gerade in einer Demokratie ist Sprache auch Handlung. Mit Sprache wird Wirklichkeit gedeutet. Mit Sprache können Menschen verletzt werden. So ist eine Drohung viel mehr als nur die Ankündigung einer Tat, sie selbst wirkt, verändert Verhalten. Erst recht, wenn, wie bei der AfD, es sich nicht um Ausnahmen, sondern um eine ausgefeilte Sprachwelt der Verrohung, Verachtung und des Hasses handelt. Die sich gegen meist hilflose Minderheiten, aber auch gegen die Eliten der Demokratie, gegen „Die-Da-Oben" wendet. Es wird Wut gegen diese Schichten der Beamten, Politiker, Wissenschaftler, Journalisten, Lehrer, die aus Sicht der AfD die gängigen Mainstream-Codes durchsetzen, organisiert und mobilisiert und zugleich gegen die unnütze Schicht der Mitesser aus Arbeits- und Obdachlosen, Geflüchteten und faulenzenden Nicht-Arbeitenden.

Insofern ist der Rechtspopulismus das doppelte Ressentiment; egal ob dieses Ressentiment, dieser Groll danach nur in eine Protestwahl einer tendenziell inhumanen Partei oder in eine Gewalttat mündet. Es bedarf nicht viel, um darin eine geistige Rahmung für die jeweils gewaltaffine rechte Aktivität zu sehen. Immer angreifen, immer emotionalisieren, Stimmung gegen die anderen machen, jeden Missstand extrem übertreiben, immer polarisieren bis zur Unversöhnlichkeit. WIR ODER DIE.



Lügenpresse, Umvolkung, Merkelmussweg, KanzlerInnen-Diktatur, Vogelschiss, Überfremdung, islamische Messermänner, Entsorgung, Remigration, schändliche Windmühlen niederreißen, Volksverräter, Gender-Professoren rausschmeißen, Wir-werden-sie-jagen — es sind SCHLAG-WÖRTER und Begriffe aus der Welt des nicht-demokratischen Kampfes. Victor Klemperer, Philologe und ständig gefährdeter Tagebuchschreiber in der Nazi-Zeit, schrieb: „Der Nazismus glitt in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang und die mechanisch und unbewusst übernommen wurden.“ Und: „WORTE KÖNNEN SEIN WIE WINZIGE ARSENDOSEN: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu haben, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“

Das Krokodil und die Hoffnung der Beschwichtiger

Der große liberale Soziologe Ralf Dahrendorf meinte schon 1998, das 21. Jahrhundert könne das Jahr des Autoritarismus werden. Der Soziologe und Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld, sah auf Basis regelmäßiger umfangreicher empirischer Untersuchungen bereits vor zwei Jahrzehnten einen „autoritären Kapitalismus“ und „rabiaten Rechtspopulismus“ voraus.

Ist Demokraten zu raten, gegenüber einer solchen Partei, also in diesem Fall der vergleichsweise normal-hessischen AfD, beschwichtigend aufzutreten? Oder gilt schon hier das, was Winston Churchill, britischer

Premierminister während des Zweiten Weltkrieges, sagte: Beschwichtiger seien diejenigen, die das Krokodil mit der Hoffnung fütterten, zuletzt von ihm gefressen zu werden. Also: Wie steht die Alice Weidel-AfD, wie die AfD, die sich um Björn Höcke schart, zur Gewaltfrage? Wie ist ihr Verhältnis zu den raumgewinnenden gewaltbereiten und bereits gewalttätigen Milieus? Einige Hinweise:

Die konservative cdu-nahe Konrad Adenauer-Stiftung veröffentlichte im vergangenen Herbst eine Studie, die in zehn europäischen Ländern untersuchte, wie die dortigen konservativen Parteien mit den jeweiligen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien umgehen: von harter Abgrenzung bis zeitweiliger Zusammenarbeit. Der Rat der Wissenschaftler an CDU/CSU:

> *Angesichts des extremistischen Charakters der AfD leiten sich aus dieser Studie … keine Hinweise ab, mit denen sich eine Zusammenarbeit mit der AfD begründen ließe.*

So gut wie nirgends sei es in anderen Ländern gelungen, diese jeweiligen Rechts-Parteien via Kooperation politisch zu zähmen; das gelte vor allem für deren positive Haltung gegenüber Putin-Russland, ihre negative Haltung zum demokratischen Rechtsstaat wie auch der Einstellung zur EU. Für den deutschsprachigen Raum gelte besonders, so die Wissenschaftler: Sowohl AfD wie auch FPÖ (Österreich) hätten sich – gegenteilig zu Entwicklungen in Frankreich und Italien – zunehmend extremistisch entwickelt.

Von diesem zunehmenden Extremismus können auch die bundesweit etwa 50 Beratungsstellen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus berichten. Ende 2025 war in der FAZ darüber zu lesen: „An Schulen droht eine rechte Vorherrschaft." Der Bericht schildert anhand von Thüringen: „Während rechtsextreme Positionen im Alltag an Raum gewinnen, wird demokratisches Engagement zur Mutprobe." Die Beratungsstellen müssten ihre Büros sichern, zerstochene Reifen seien üblich. An manchen Schulen werde Lehrern geraten, sie müssten im Unterricht neutral sein, und für die Demokratie einzutreten, das sei eben nicht neutral. 2024 habe es, laut thüringischem Bildungsministerium, 120 rechte, rassistische und extrem rechte Vorfälle an Schulen gegeben: Hitler-Grüße, antisemitische Hetze, Rassismus, körperliche Gewalt.

AfD als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus

Beispiel Burg in Brandenburg Frühjahr 2023: Zwei Lehrer machen in einem offenen Brief auf rechtsradikale Umtriebe an ihrer Schule aufmerksam. Das Ergebnis: Beide Lehrer wurden im Alltag so bedrängt und bedroht, dass sie mit ihren Familien inzwischen weggezogen sind.
Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)

meldete in 2024 beinahe 3.500 Vorfälle, ein Anstieg von 24 Prozent gegenüber 2023, ein Jahr, in dem es bereits einen Anstieg um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben hatte.

Die Bundesanwaltschaft ließ im November 2024 acht Männer der mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppe „Sächsische Separatisten“ festnehmen, darunter einen AfD-Stadtrat. Deren Ziel: ethnische Säuberungen und Errichtung eines am Nationalsozialismus ausgerichteten Staats- und Gesellschaftswesens.
Mitte Mai 2025 gab es Einsätze der Polizei gegen die Neonazi-Truppe „Letzte Verteidigungswelle“; fünf Tatverdächtige zwischen 14 und 18 Jahren und alle extrem gewaltbereit. Sie hantierten mit Kugelbomben. Die Analyse in der FAZ (22.Mai 2025):

> *Die nun ausgehobene Zelle ist offenbar nur eine von vielen Gruppen jugendlicher, meist männlicher Rechtsextremer, die sich bundesweit in Chatgruppen und sozialen Medien radikalisieren, gezielt vernetzen und gewalttätige Aktionen etwa gegen Christopher-Street-Paraden organisieren.*

Der hessische Innenminister Roman Poseck, CDU, verweist auf den Anstieg von rechtsextremer Gewalt in Hessen. Die Befunde im Verfassungsschutz-Bericht 2024: Die Zahl der Rechtsextremen zugeschriebenen Straf- und Gewalttaten stieg binnen eines Jahres von 1.445 auf 1.997, also um 38 Prozent. Poseck gibt zu bedenken: Die Übergänge zwischen Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus und Rechtspopulismus seien fließend. Das reiche bis in die Parlamente. Er ergänzt: Die AfD schaffe mit ihrer Art Politik zu machen, den Nährboden für „zunehmende rechtsextreme Gewaltbereitschaft im Land“. Sie entfache in den digitalen Medien „gezielt Debatten, die durch Hass, Hetze und Spaltung gekennzeichnet sind“. Tobias Eckert, der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende, sagt, die AfD sei „der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus“.

Rechtsextremisten und Reichsbürger besitzen Tausende legale Waffen. Über illegalen Waffenbesitz informiert ein frontal-Beitrag (Bild: KI generiert)

Poseck hat mit seinem Hinweis auf die fließenden Übergänge auf ein Grundprinzip der Politik der AfD aufmerksam gemacht: GRAUZONEN schaffen und ausdehnen, freundlich lächelnd argumentieren und Forderungen rausbellen, sich von Gewalt distanzieren und sie gewähren lassen. Beispiel: Es gibt einen Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD mit den Identitären. Aber zeitgleich floriert der Kontakt, laden die einen die anderen ganz normal und nicht selten zum öffentlichen Austausch ein. Beispiel: Der Begriff Remigration wird von AfD-Kadern jeweils neu ausgelegt, je nach Ereignis, Anlass, eigenem Nutzen. Die bürgerliche Variante, um in Wahlkämpfen ein Maximum an WählerInnen zu gewinnen, lautet: Es sollen doch nur diejenigen, deren Asylantrag endgültig abgelehnt worden ist, tatsächlich abgeschoben werden. AfD-Funktionäre lassen jedoch bei anderen Gelegenheiten durchblicken, na ja, wenn wir regieren, warum nicht einen Teil dieses deutsch-woken-Gesocks gleich mitentsorgen. Beispiel: Momentan wird in Dresden den *Sächsischen Separatisten* der Prozess gemacht, weil sie einen NS-Staat errichten wollten, so die Anklage. Drei der Angeklagten waren in der AfD aktiv und Mitglied. Gegen sie wurden Parteiausschlüsse eingeleitet. Jüngst teilte der stellvertretende sächsische AfD-Landesvorsitzende mit, diese Ausschlüsse seien noch nicht vollzogen.

Auf Deutschland-Ebene dasselbe Bild: Die Zahl der Rechtsextremisten habe sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, so Innenminister Alexander Dobrindt. Die Zahl lag 2024 bei knapp mehr als 50.000, davon 15.300 „gewaltorientierte Rechtsextremisten“. Die AfD habe inzwischen etwa 50.000 Mitglieder, davon gelten etwa 20.000 als Rechtsextremisten; diese Zahl habe sich in den vergangenen beiden Jahren von gut 10.000 auf

20.000 verdoppelt. Die AfD habe, nach Analysen des Verfassungsschutzes, eine „Scharnierfunktion“, indem sie extremistische Positionen „ins Sagbare transportiert“, so Sinan Selem, der Vizepräsident des Verfassungsschutzes.

Das bedeutet: Die AfD grenzt sich auch gegenüber der gewaltbereiten rechtsextremen Szene nicht ab, mindestens lässt sie sie in den eigenen Reihen mitlaufen.

Rechtsextreme Subkulturen in der Endphase der DDR

Was in Deutschland bisher zu wenig beachtet wird in der Gewaltfrage: Wissenschaftler wie Manes Weisskircher, TU Dresden, sagen, ein Blick über den Tellerrand zeige, „dass das Ausmaß rechtsextremer Gewaltakte in Deutschland und insbesondere Ostdeutschland ein Sonderfall ist“. „Deutschland gehört zu den westeuropäischen Ländern mit der höchsten Anzahl an rechtsextremen Gewalttaten“, nach Erhebungen des Osloer Center for Research on Extremism (C-Rex). Das gelte nicht nur in absoluten Zahlen, sondern „auch relativ zur Bevölkerungsgröße“. Und: „Während der Trend in vielen Ländern Europas seit den 1990er-Jahren bei dieser Art von politischer Gewalt nach unten zeigt, ist dies in Deutschland nicht der Fall.“ Weisskircher sieht diese Ursachen: „Die Existenz rechtsextremer Subkulturen in der Endphase der DDR und das Überleben solcher Milieus bis heute ist einer der Gründe dafür.“

Der Wissenschaftler Klaus Schroeder, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, FU Berlin, erinnert in einem Aufsatz in der FAZ („Rechtsextremismus aus der Tiefe des sozialistischen Raumes“, 2.Oktober 2025) an diese Zeiten: „Im vorletzten Jahr der DDR entstanden in vielen DDR-Städten neonazistische Gruppen, die als Grundstock rechtsextremer Kaderparteien angesehen werden können.“ Dieses „rechtsextreme und gewalttätige Milieu“ rekrutierte die Anhängerschaft vor allem an Schulen. Das Milieu aus Faschos, Skinheads und Hooligans versuchte, „gewaltsam seine Dominanz in Diskotheken, öffentlichen Plätzen und so weiter durchzusetzen“.

Kurz zu einer Person, die inzwischen aus der AfD geworfen werden soll, so die aktuellen Partei-Beschlüsse. Jan Wenzel Schmidt war bis vor einigen Monaten mehrere Jahre lang Generalsekretär der AfD Sachsen-Anhalt. Er ist auch Bundestagsabgeordneter seiner Partei und erreichte bei der Bundestagswahl 2025 in seinem Wahlkreis stolze 43,2 Prozent der Stimmen. Gegen ihn gibt es eine Reihe von Vorwürfen, wie

Vetternwirtschaft, Intrigen, Erpressung. Laut FAZ gilt Schmidt unter anderem „als wichtiges Scharnier zwischen der AfD und noch extremeren politischen Kräften“ (FAZ, 27.2.25, Seite 4). Er beschäftigte unter anderem einen früheren NPD-Politiker. Er pflegt enge Verbindungen zur Identitären Bewegung. Der gesamte Landesverband gilt für den Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem.

Als „gesichert rechtsextremistisch“ wird auch der AfD-Landesverband Thüringen vom Verfassungsschutz eingestuft. Gerade haben Thüringer AfD-Politiker den österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner im Erfurter Landtag empfangen, berichtet der *Spiegel*. Man habe über Remigrationspläne Sellners und der Thüringer AfD gesprochen, sagte Thüringens AfD-Fraktionsvize Daniel Haseloff der Nachrichtenagentur dpa.

Oliver Decker, Professor für Sozialpsychologie und Autor der zweijährlich erscheinenden Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig, beobachtet solche Entwicklungen seit langem und fragt: warum Menschen, die in der Malaise sind oder sich in einer fühlen, zunehmend gerne autoritäre Politiker und Parteien wählen. Er meint: Die Zeit des (marktextremen) Neoliberalismus habe WUTRÄUME GESCHAFFEN. Denn in dieser Zeit habe es soziale, materielle und kulturelle Entgrenzungen, Abwertungen gegeben, der Einzelne sei austauschbar geworden, seine Lage sei prekär, weniger stabil geworden, ob sozial oder kulturell. So sei Wut, vor allem gegen Andere, besonders Fremde geschürt, „Destruktionspotential“ freigesetzt worden. So als entstehe das eigene Wohlbefinden erst mit der Entfernung des Anderen.

„Genussvolle Hinwendung zum Negativen“

Das Wissenschaftler-Duo Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey kommt zu diesen Befunden: Viele Menschen glaubten, das Aufstiegsversprechen gelte nicht mehr, zumindest für sie nicht, so dass sie glaubten, nur noch auf Kosten von Anderen, meist Schwächeren, aufsteigen zu können. Sie legten vor wenigen Monaten ein Werk über „Elemente des demokratischen Faschismus“ vor, in dem sie die mit der Kettensäge (Javier Milei, Elon Musk) symbolisierte „Zerstörungslust“ als Gemeinsamkeit der rechten Bewegungen der Gegenwart betrachten. Sie konstatieren, eine Lust an „Destruktivität“. Diese Lust werde von Parteien wie der AfD als Instrument eingesetzt, um für sich zu mobilisieren. Es gehe um eine geradezu „genussvolle Hinwendung zum Negativen“, um die Zerstörung demokratischer Institutionen, die Abwehr sozialer Gruppen und Bestrafungsphantasien für sie, ob das nun Obdachlose, Klimaaktivisten oder Geflüchtete seien.

Wissenschaftler thematisieren auch die besonders ausgeprägte Aggressivität unter (jungen) Männern. Deren Problem: Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten emanzipiert. Sie haben mehrheitlich bessere Bildungs- und Berufsabschlüsse, höhere Bildungstitel, sind weniger denn je auf den Mann als Ernährer der Familie und Versorger angewiesen. Diese Zeiten sind vorbei. So verspricht die Männer-Partei AfD auch die Wiederherstellung früherer Herrschafts-Verhältnisse. Nichts anderes als eine Kampfansage an eigenständige

Frauen. Der Humangeograph Daniel Mullis, als Wissenschaftler auch an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, arbeitet mit anderen zusammen über die Frage, wie Rechtsextreme Orte erobern, ob Regionen, Städte oder digitale Netzwerke. Er stellt fest: Rechtsextremen gehe es zuerst darum, viele andere als Feinde zu markieren, um bewusst „Angsträume“ zu schaffen, das sei ein Teil der „Raumnahmestrategie der extremen Rechten.“ Dazu gehörten auch Attacken in den digitalen Netzen — BESONDERS GEGEN AKTIVE FRAUEN; „eine unterschätzte Form zeitgenössischer Form von Gewalt“, so Mullis.

Das Gewalttätige und Gewaltaffine nimmt zu, auch weil die demokratisch-politische Elite sich gegeneinander ausspielen lässt. Weil gewalttätige Bauern-Proteste gebilligt und friedlich-blockierende wie die der Klimakleber als terror-nahe verfolgt werden. Eine Erinnerung an Ampel-Zeiten:

Anfang März 2024 gab es nach Medienberichten in Brandenburg Bauernproteste, bei denen es fünf Verletzte bei Unfällen wegen ungesicherter Misthaufen auf Fahrbahnen gab. Die Verletzten mussten alle ins Krankenhaus. In Rheinland-Pfalz gab es 14 Verkehrsunfälle aufgrund von Bauernprotesten.
Höhepunkt der Übergriffe von Bauern, die bei ihren Kundgebungen die Ampel-Regierung immer symbolisch an einen Galgen hängten, waren die Blockade und Krawalle bei der Aschermittwochsveranstaltung der Grünen im oberschwäbischen Biberach: Sie wurde kurzfristig abgesagt, da zu wenig ausreichend ausgerüstete Polizei vor Ort war; unter anderem wurden damit Reden des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann und des Bundeslandwirtschaftsministers Özdemir verhindert.

Bauernproteste in Brüssel 2024 (Foto: Christophe Licoppe auf wikimedia commons)

In der Ausgabe vom 27. Februar berichtete die FAZ über das „Feindbild“ die Grünen unter anderem über diese Vorgänge: „In Schorndorf jagte am selben Tag ein Mob die Bundesvorsitzende Lang durch die Innenstadt.“ Ihr Landeskorrespondent Rüdiger Soldt berichtete: „Etwa 20 Polizisten mussten Lang … vor einem pöbelnden Mob schützen; dem Vernehmen nach musste von der Polizei eine Unterführung geräumt werden, damit die Politikerin überhaupt sicher zu ihrem Fahrzeug gelangen konnte.“

Nicht nur verharmlost, auch noch geadelt

Solche Gewalttätigkeiten, wie auch die gegen Vizekanzler Robert Habeck, wurden von deren politischen Gegnern wie dem baden-württembergischen CDU-Landwirtschaftsminister Peter Hauk oder Markus Söder oder Sahra Wagenknecht oder Hubert Aiwanger in Stellungnahmen abgetan und verharmlost. Dem Sinn nach: Na ja, das sei nicht in Ordnung, aber die sollten sich nicht so anstellen. Beispiel Wagenknecht: Sie sagte zu dem Vorfall, dass Vizekanzler Habeck von einem Mob mit Gewalt über Stunden am Verlassen einer Fähre gehindert wurde, Habeck sei als Mitglied der Regierung ja „verantwortlich“ dafür, dass die Menge so wütend sei, „wenn der sich dann als Opfer inszeniert, halte ich das nicht für richtig. Da wäre etwas mehr Sensibilität angebracht gewesen“. Und der heutige Bundeskanzler Merz reagierte damals auf die zeitweilige Freiheitsberaubung des deutschen Vizekanzlers mit den Worten: Das sei „nicht in Ordnung“, aber Habeck solle das „nicht moralisch überhöhen“. Schließlich sei der Bauernprotest meist friedlich geblieben.

Diese Vorgänge wurden nicht nur verharmlost. Sie wurden politisch auch noch geadelt: Indem als Folge der Übergriffe und Proteste fast alle Forderungen der Bauernschaft nach weiteren (meist auch noch umweltschädlichen) Subventionen erfüllt wurden.

Der Dank folgte auf dem Fuß: Zumindest bei den darauffolgenden Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen wählte nach Analysen der Forschungsgruppe Wahlen beinahe jeder zweite Landwirt die AfD. Bauernpräsident Joachim Rukwiek meinte im Nachhinein, auf einem Bauerntag in Cottbus: Die Bauern hätten 2024 „das Land gerockt“.

Das politische Klima wird rauer, Überfälle, Attacken auf PolitikerInnen, Verbal-Angriffe, das alles nimmt im Alltag ständig zu. Ein Großteil der Wählerinnen und Wähler der AfD sieht in diesem Mehr an Gewalt kein Problem. Das ergibt eine Studie der Universität Bielefeld ; als Grundlage dienten Daten aus der bevölkerungsrepräsentativen Mitte-Studie vom Frühjahr 2023. Demnach billigt fast ein Viertel der befragten AfD-Wählenden politische Gewalt, über die Hälfte der Anhängerschaft sieht sie als Grauzone oder akzeptiert zumindest politische Gewalt.

Konkret ist die Befürwortung politischer Gewalt bei AfD-Wählenden mit 23 Prozent rund zweieinhalb mal so

hoch wie etwa bei Wählenden der Union (9,5 Prozent) oder der SPD-Wählerschaft (neun Prozent) und etwa siebenmal so häufig wie bei Linken-Wählenden (vier Prozent) oder der Anhängerschaft der Grünen (drei Prozent). Ein klares Nein zu Gewalt sprechen mit 48,5 Prozent weniger als die Hälfte der AfD-Anhängerschaft aus. Bei der Union lehnen 74 Prozent Gewalt ab, bei der SPD 79 Prozent.
Die Forschenden, darunter Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, sehen den Grund für diese deutlich höhere Gewaltbilligung und -bereitschaft auch in der aggressiven Sprache der AfD und ihrer Funktionäre und Abgeordneten.

Wer AfD wählt, wählt eine Politik, die das Gewalttätige billigend mitlaufen lässt oder gar fördert.

Siehe auf *Bruchstücke* auch den Beitrag „Jeder Wahnsinn hat seine Methode: Zur Anziehungskraft des faschistischen Codes„, der die Gewaltbereitschaft des weitrechten Weltbildes theoretisch erläutert.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren